2025 *AUSGABE No. 7*

PLÄDOYER

Eine Publikation des *SENAT DER WIRTSCHAFT*

TEILZEIT - EINE DEBATTE FÜR VIELE.

Ein Aufruf vom SENAT DER WIRTSCHAFT
an die österreichische Bundesregierung.

SENAT DER WIRTSCHAFT

Teilzeit: Ein Phänomen, das den ganzen Staat betrifft

Kein Randphänomen

Teilzeitarbeit ist längst kein Randphänomen mehr – sie prägt den österreichischen Arbeitsmarkt wie in kaum einem anderen Land Europas. Mehr als 1,3 Millionen Menschen (Studenten ausgenommen) zwischen 15 und 64 Jahren arbeiten hierzulande in Teilzeit, was einer Quote von 31,5 Prozent entspricht. Damit liegt Österreich nicht nur deutlich über dem EU-Durchschnitt, sondern belegt hinter den Niederlanden Platz zwei im europäischen Vergleich.

Belastung des Sozialsystems

Diese Entwicklung hat vielfältige Ursachen – von familiären Betreuungspflichten über steuerliche Anreize bis hin zu persönlichen Lebensentwürfen. Für viele bedeutet Teilzeit eine willkommene Flexibilität. Für den Staat, die Wirtschaft und das Pensionssystem hat der Trend jedoch spürbare Nebenwirkungen: geringere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen (bei vollem Anspruch auf alle Sozialleistungen), sinkende Produktivität und langfristig niedrigere Alterseinkommen.

Fehlende Leistungsanreize

Besonders bemerkenswert ist, dass ein erheblicher Teil der Teilzeitbeschäftigten nicht durch äußere Zwänge, sondern aus freier Entscheidung auf eine Vollzeitanstellung verzichtet. Gleichzeitig zeigt sich, dass selbst ein gut ausgebautes Kinderbetreuungsangebot – wie etwa in Wien – nicht automatisch zu einer höheren Vollzeitquote führt. Hier spielen individuelle Präferenzen und steuerliche Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle.

Verantwortung der Unternehmen?

Die politische Debatte spiegelt diese Vielschichtigkeit wider: Während die einen auf Wahlfreiheit und individuelle Lebensgestaltung pochen und auf stärkere Anreize setzen, machen andere die Unternehmen für diese „prekären Arbeitsverhältnisse" verantwortlich und fordern gar Verpflichtungen zur Ausweitung der Arbeitszeit. Klar ist: Eine zukunftsfähige Lösung muss sowohl die ökonomischen Notwendigkeiten als auch die unterschiedlichen Lebensrealitäten der Menschen berücksichtigen.

Sinkende Produktivität, schwindende Wettbewerbsfähigkeit

Dieses Papier liefert die Faktenlage, zeigt die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Implikationen der steigenden Teilzeitquote auf und stellt die Positionen der politischen Akteure dar – als Grundlage für eine faktenbasierte Diskussion über einen der zentralen Trends am österreichischen Arbeitsmarkt.

Die Fakten:

- 2024 waren 1,34 Mio Menschen (15 bis 64j) in Teilzeit (Platz 2 in EU hinter NL).
- Die Teilzeitquote liegt bei 31,5% (EU-Schnitt 17%).
- Seit 2009 hat Teilzeit in Ö mehr zugenommen als sonst wo in EU. In Schweden ist Teilzeit sogar gesunken.
- Von diesen Teilzeitbeschäftigten sagen 24% (320.000) sie streben keine Vollzeit an (Studenten mit Teilzeitjobs nicht eingerechnet), „Lifestyle-Teilzeit". Hierbei nicht eingerechnet auch Menschen mit Betreuungspflichten, die trotzdem Vollzeit arbeiten könnten.
- Durch diese 320.000 freiwillig in Teilzeit stehenden entgeht dem Staat jährlich ca. €5 Mrd (3,1 Mrd SV, Rest Lohnst. und Lohnnebenkosten).
- Bei den Frauen gaben 39 Prozent an, dass sie Kinder oder pflegebedürftige Erwachsene betreuen. Bei den Männern waren dies 8 Prozent.
- 6,5% der Teilzeitarbeitenden geben an keine Vollzeit zu finden.
- Für manche Jobs wird nur Teilzeit angeboten aber 80% der ausgeschriebenen Jobs sind Vollzeit.
- Unter Kinderlosen liegt die Teilzeitquote der 25 bis 49j bei 21,1%.
- Kinderbetreuungseinrichtungen unterstützen Arbeitsfähige mit Kindern, aber selbst dort, wo es die Kinderbetreuung gibt, arbeiten die Frauen trotzdem nicht Vollzeit, weil
  - es Präferenzen gibt, die Kinder selbst zu betreuen oder
  - es durch das Steuersystem unattraktiv ist, von Teilzeit auf Vollzeit auszuweiten.

  ABER: Ob eine bessere Kinderbetreuung automatisch zu stärkerer Arbeitsmarktteilnahme führt, muss bezweifelt werden, wie eine Bundesländer-Auswertung der Agenda Austria zeigt: Wien ist nämlich jenes Bundesland, das eine nahezu flächendeckende Kinderbetreuung anbietet. Wien liegt mit knapp 35 Prozent Vollzeit-Anteil auch in der Spitzengruppe (Ö 39%), aber dennoch knapp hinter Salzburg und dem Burgenland, gleichauf mit Kärnten und nur um einen Hauch besser als Niederösterreich, das immer wieder als Negativbeispiel in Sachen Kinderbetreuung geführt wird.
- Wenn man die Arbeit in Ö von 20 auf 40 Stunden ausweitet, also um 100%, bekommt man in Ö nur 69% mehr Nettolohn. In Schweden wären es 87%.
- Teilzeitarbeit bedeutet langfristig oft deutlich weniger Pension. Das ist den Menschen zu wenig bewusst (fehlende Finanzbildung)
- Steigende Teilzeitquote ist Hauptgrund für sinkende Produktivität in Ö und damit schwindende Wettbewerbsfähigkeit.
- Bei der von der SPÖ geforderten verpflichtenden Aufstockung von Teilzeit auf Vollzeit (bei regelmäßiger Überstundenleistung) besteht das Problem, dass dabei der Überstunden-Zuschlag verloren geht und damit eine Ausweitung der Stunden nicht attraktiv genug ist.

Wie stehen die österreichischen Parteien zur Teilzeitdebatte:

Die Volkspartei

- Leistung muss sich wieder lohnen
- Menschen müssen Wahlfreiheit haben, ob sie Teilzeit oder Vollzeit arbeiten wollen.
- In vielen Fällen hat Teilzeit geholfen Menschen in die Arbeit zurückzuholen (insbesondere Frauen und Menschen mit Betreuungspflichten)
- Wer aber nur Teilzeit arbeiten will obwohl er Vollzeit arbeiten könnte („Life-Style-Teilzeit" = Teilzeitkräfte, die weder Kinder betreuen noch Alte pflegen – und auch gesundheitlich imstande sind, Vollzeit zu arbeiten) sollte trotzdem volle SV-Beiträge leisten, denn er nimmt die Leistungen des Sozialstaats voll in Anspruch und soll in der Pension auch sein Auskommen haben. (Mikl-Leitner: *„Im Sinne der Generationengerechtigkeit und des Generationenvertrags wird sich das nicht ausgehen, wenn alle für Life-Balance weniger ins System einzahlen, aber das volle System nutzen.")*
- Der österreichische Teilzeitboom gründet vor allem auf der hohen Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit.

ÖVP fordert:

1. Vollzeitbonus (SPÖ verhinderte dies im Regierungsprogramm)
2. steuerliche Begünstigung von Überstunden oder Adaptierungen bei Zugangshürden für Sozialleistungen
3. Senkung der Lohnnebenkosten (von der SPÖ blockiert)
4. Steuerentlastung für vollzeitarbeitende (detto Widerstand durch SPÖ)
5. Einfrieren der Geringfügigkeitsgrenze

SPÖ

- Menschen sind nicht freiwillig in Teilzeit
- Familienleben (Betreuungspflichten) erfordert dies (Doskozil, Hergovich)
- Unternehmen bieten zu wenige Vollzeitjobs an oder drängen sie gar in Teilzeit

SPÖ fordert:

- Senkung der Vollarbeitszeit
- Verpflichtung der Arbeitgeber Teilzeitkräften, die über einen bestimmten Zeitraum hinweg – etwa drei Monate – regelmäßig mehr Stunden als vereinbart leisten, auf Vollzeitarbeit anzuheben, so die Arbeitnehmer das wollen. (BM Schumann)
- mehr Kinderbetreuungseinrichtungen

NEOS

- Leistung muss sich wieder lohnen
- Menschen müssen Wahlfreiheit haben, ob sie Teilzeit oder Vollzeit arbeiten wollen.
- Der österreichische Teilzeitboom gründet vor allem auf der hohen Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit.

NEOS fordern:

- Senkung von Steuern und Abgaben auf Arbeit
- Mehr Kinderbetreuungsplätze

FPÖ

- Hält die Diskussion für ein Ablenkungsmanöver

FPÖ fordert:

- Teilzeit darf nicht zum Lohndumping genutzt werden und soll Menschen helfen, die nebenher noch andere Verpflichtungen haben (Pflege, Kindererziehung)
- mehr Leistungsanreize und ein „faires und einfaches Steuersystem“
- Stärkere Eigenverantwortung des Bürgers

DIE GRÜNEN
GRUENE.AT

Grüne fordern:

- mehr Kinderbetreuungseinrichtungen
- Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz
- Recht auf Aufstockung auf Vollzeit, wenn ohnehin Überstunden geleistet werden

Zusammenfassung

Die vorliegenden Zahlen zeigen deutlich: Die Frage der Teilzeitarbeit ist weit mehr als eine individuelle Lebensentscheidung – sie ist zu einem entscheidenden Standort- und Zukunftsthema geworden. Österreichs hohe Teilzeitquote wirkt sich nicht nur auf die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft unserer Unternehmen aus, sondern auch auf die langfristige Finanzierbarkeit unseres Sozialstaats.

Es ist an der Zeit, den Blick auf die strukturellen Ursachen zu richten: Ein komplexes und leistungsfeindliches Steuer- und Abgabensystem, zu geringe finanzielle Anreize für Mehrarbeit und fehlende finanzielle Bildung im Hinblick auf die Auswirkungen von Teilzeitarbeit auf das spätere Einkommen. Nur wenn wir diese Stellschrauben anpacken, können wir verhindern, dass die Arbeitszeitverkürzung im großen Stil zu einem Wachstums- und Wohlstandsrisiko wird.

Redimensionierung des Sozialstaats

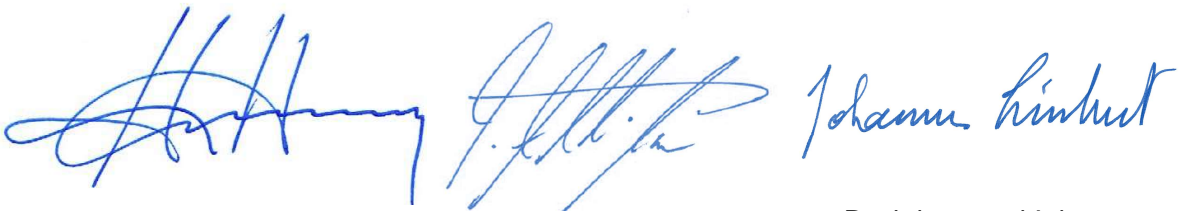
Der SENAT DER WIRTSCHAFT tritt daher für einen Dreiklang aus

- Steuer- und Abgabenentlastung auf Arbeit inklusive Überstundenbonus,
- besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie
- gezielter Aufklärung über die Langzeitfolgen von Teilzeit ein.

Ziel muss es sein, jene, die mehr arbeiten können und wollen, zu motivieren – ohne dabei die Wahlfreiheit der Menschen einzuschränken. Das geht nur durch eine Reform des Sozialsystems, die Arbeit und Leistung belohnt statt bestraft.

Die Teilzeitdebatte darf nicht von ideologischen Reflexen, sondern muss von Fakten und wirtschaftlicher Vernunft geleitet werden. Nur so lässt sich sicherstellen, dass Österreich ein Land bleibt, in dem Leistung sich lohnt, Wachstum möglich ist und der soziale Zusammenhalt erhalten bleibt.

Wien, 14. August 2025



Hans Harrer
Vorstandsvorsitzender

Mahdi Allagha
Mitglied der Geschäftsleitung

Dr. Johannes Linhart
Leitung Wirtschaft und Politik

Weitere Informationen

Für zusätzliche und ergänzende Informationen zu diesem PLÄDOYER sowie über den SENAT DER WIRTSCHAFT und seine Aktivitäten, wenden Sie sich bitte direkt an:

- **Dr. Johannes Linhart**

  Geschäftsführer MITTELSTANDS-ALLIANZ | SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich
  j.linhart@senat-oesterreich.at | +43-664-819 16 66

- **Mahdi Allagha**
  Mitglied der Geschäftsleitung | SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich
  m.allagha@senat.at | +43-664-8373 3311

Hier zum Online-Fragebogen für Unternehmer

SENAT DER WIRTSCHAFT Österreich
Bundesgeschäftsstelle | Rotenturmstraße 5-9 | 1010 Wien
office@senat.at
www.senat.at
Tel.: +43 1-505 3548

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH:
Hans Harrer | Vorstandsvorsitzender
Mahdi Allagha | Mitglied der Geschäftsleitung
Dr. Johannes Linhart | Leitung Wirtschaft & Politik

Eine registrierte Marke des ***SENAT DER WIRTSCHAFT***

SENAT DER
WIRTSCHAFT